Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3561**
16. Wahlperiode 23. 11. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 16/850 –

Jahresbericht 2005 (47. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag jährlich aufgrund des § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berichten.

B. Lösung

Einstimmige Kenntnisnahme des Berichts

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, bis zum 1. Mai 2007 dem Verteidigungsausschuss über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.

Berlin, 8. November 2006

Der Verteidigungsausschuss

Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Stellv. Vorsitzender

Anita Schäfer (Saalstadt)
Berichterstatterin

Hedi Wegener
Berichterstatterin

Elke Hoff
Berichterstatterin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Anita Schäfer (Saalstadt), Hedi Wegener, Elke Hoff, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

I. Zum Beratungsverfahren

Der Wehrbeauftragte hat den nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu erstellenden Jahresbericht für das Jahr 2005 am 14. März 2006 vorgelegt.

In der 44. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Juni 2006 wurde dieser Bericht an den Verteidigungsausschuss gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages überwiesen.

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht auf **Drucksache 16/850** in seiner 22. Sitzung am 25. Oktober 2006 beraten und der Beschlussempfehlung in seiner 24. Sitzung am 8. November 2006 einstimmig zugestimmt.

II. Aus den Beratungen im Ausschuss

Einvernehmlich stellen die Berichterstatterinnen und Berichterstatter aller im Ausschuss vertretenen Fraktionen die besondere Bedeutung des Berichts des Wehrbeauftragten als Erkenntnisquelle für den „Zustand in der Truppe“ fest und danken dem Wehrbeauftragten für die wichtige Arbeit.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der CDU/CSU** betont, dass die Vorkommnisse im Zusammenhang mit den veröffentlichten Fotos von deutschen Soldaten in Afghanistan nicht zu einer Vorverurteilung über die Bundeswehr führen sollten. Die Ereignisse machten aber deutlich, wie wichtig eine grundlegende ethische Orientierung für die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz sei. Insbesondere das Leitprinzip der Inneren Führung müsse stärker der Situation in den Auslandseinsätzen angepasst werden. Dies gelte auch für die Institution des Wehrbeauftragten, der als Frühwarnsystem für die Einhaltung der Grundsätze der Inneren Führung maßgeblich verantwortlich sei. Kernproblem seien nach wie vor die Personalengpässe infolge zunehmender Auslandseinsätze, insbesondere im Bereich des Sanitätspersonals, der Pioniere, der Logistiker, der Feldjäger, der Heeresflieger und der Fernmelder, die als Spezialisten für weltweite Stabilisierungseinsätze unverzichtbar seien. Es sei damit zu rechnen, dass die Personalengpässe in den genannten Bereichen tendenziell zunehmen würden. Auch auf die materiellen Ausrüstungsprobleme habe der Wehrbeauftragte zu Recht hingewiesen. Die zunehmenden posttraumatischen Erkrankungen bei Soldaten im Einsatz seien im Bericht des Wehrbeauftragten in ihrer Bedeutung erkannt worden. Gespräche mit Truppenpsychologen der Bundeswehr im Unterausschuss „Weiterentwicklung der Inneren Führung“ hätten deutlich gemacht, dass das Problem der posttraumatischen Belastungsstörungen und die Nachbetreuung sehr ernst genommen würde.

Die Berichterstatterin der **Fraktion der SPD** begrüßt vor allem das persönliche Engagement des Wehrbeauftragten, im Auslandseinsatz verletzte Soldaten, aber auch Angehörige von ums Leben gekommenen oder verletzten Soldaten zu besuchen. Der Wehrbeauftragte setze damit die Tradition seiner Vorgänger in besonderem Maße fort. Schwerpunktthemen des Jahresberichts seien – und dies mit Berechtigung – die Dauerbelastung durch Auslandseinsätze, finanzielle Sorgen, Streichung von Urlaubsgeld, unzureichende Unterkünfte, gelegentliche Mängel bei der truppenärztlichen Versorgung, die Frage von Vereinbarkeit von Beruf und Familie – insbesondere bei weiblichen Soldaten. Es werde aber auch nach dem Sinn der Auslandseinsätze gefragt. Zu der vom Bundesministerium der Verteidigung zum Jahresbericht vorgelegten Stellungnahme rege sie an, dass man Missstände nicht nur einräumen solle, sondern auch Vorschläge zur Abhilfe machen könne.

Seitens der Berichterstatterin der **Fraktion der FDP** wird positiv hervorgehoben, dass sich der Wehrbeauftragte in seinem Jahresbericht intensiv mit Problemen bei der sanitätsdienstlichen und der truppenärztlichen Versorgung befasst habe. Sie halte die parlamentarische Kontrolle durch die Institution des Wehrbeauftragten für unabdingbar und hoffte auch in der weiteren Zukunft auf entsprechend kritische Jahresberichte.

Der Berichterstatter der **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass insbesondere die noch nicht angeglichene Ost-/Westbesoldung als Missstand anzusehen sei. Ein weiteres Stichwort, das zu Recht im Jahresbericht aufgegriffen worden sei, sei falsches Vorgesetztenverhalten aufgrund unzureichender Rechtskenntnisse im Disziplinarrecht. Dies verweise auf die Notwendigkeit verstärkter politischer Bildung in den Streitkräften. Dankenswerterweise habe der Bericht das Thema „Frauen in den Streitkräften“ aufgegriffen, womit sich auch eine aktuelle Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr befasse. Auch die Anregung des Wehrbeauftragten zur Einrichtung einer Bundesstiftung zur Entschädigung von Strahlenopfern begrüße er außerordentlich.

Der Berichterstatter der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** greift aus den im Jahresbericht erwähnten Hauptdefizitbereichen folgende wichtige Themen heraus:

Belastung durch Auslandseinsätze, unzureichende Einsatzausbildung – weil insbesondere Ausrüstungsgegenstände nicht zur Verfügung stünden –, Probleme der Inneren Führung „von oben“. Hierauf habe der Wehrbeauftragte zu Recht sein Augenmerk gerichtet.

Berlin, den 23. November 2006

Anita Schäfer (Saalstadt)	**Hedi Wegener**	**Elke Hoff**	**Paul Schäfer (Köln)**	**Winfried Nachtwei**
Berichterstatterin	Berichterstatterin	Berichterstatterin	Berichterstatter	Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333